

## Inhalt:

### **Gute Bildung? Gute Besserung!!!**

Allen Protesten zum Trotz will die große Koalition das neue Schulgesetz im Februar beschließen. Mit einer Kampagne zieht die grüne Fraktion gegen die so genannte Schulreform zu Felde. [... zum Artikel](#)

### **Studierende als neue Geldquelle?**

Die große Koalition will Studien- und Verwaltungsgebühren einführen. So genannte Langzeitstudierende sollen ab Wintersemester 2005/06 zur Kasse gebeten werden. Ein Kommentar von Silvia Schön, wissenschaftspolitische Sprecherin. [... zum Artikel](#)

### **Wer blickt da noch durch?**

Gesundheitsreform: Leider nur an Symptomen herumgedoktert! Ein Kommentar von Doris Hoch, gesundheitspolitische Sprecherin. [... zum Artikel](#)

### **Sozialhilfe ist Ihr gutes Recht**

Sozialhilfe und die damit verbundenen Leistungen sind kein Almosen, sondern ein Rechtsanspruch – soweit die graue Theorie. In der Praxis sieht es anders aus. Im Zuge der Einführung der Sozialzentren hat die Qualität der Beratung noch mehr gelitten. [... zum Artikel](#)

### **Kooperation statt ruinöser Wettbewerb**

Unsere Häfen müssen wettbewerbsfähig bleiben. Ohne Häfen als Standbein wären Wirtschaft und Arbeitsmarkt der Region Nordwest in schlechterer Verfassung. [... zum Artikel](#)

## Rubriken:

[grüne Ecke](#)

[grün:Aktion](#)

[Neues aus der Bürgerschaft](#)

[Gastkommentar](#)

[grün:in der Mache](#)

[Impressum](#)

## **Gute Bildung? Gute Besserung!!!**

Allen Protesten zum Trotz will die große Koalition das neue Schulgesetz im Februar beschließen. Mit einer Kampagne zieht die grüne Fraktion gegen die so genannte Schulreform zu Felde.

Noch ist Zeit, den Griff in die bildungspolitische Mottenkiste zu verhindern. Nicht der Senat und auch nicht die Bildungsdeputation haben das letzte Wort. Mit ihrer Kampagne gegen das neue Schulgesetz will die grüne Fraktion den wachsenden Protest öffentlich machen und die politischen Entscheidungsträger mit den sachlichen Argumenten für eine Verschiebung der Reform konfrontieren. Die Antwort der großen Koalition auf PISA ist ein Schnellschuss, der nach hinten losgehen wird. Leidtragende werden die Kinder sein. ›Wir wollen kein Schulsystem, das noch mehr VerliererInnen produziert‹, begründet Anja Stahmann, bildungspolitische Sprecherin, die Kampagne. Wer bessere Bildung für alle Kinder wolle, solle die Erfolgsrezepte der skandinavischen PISA-Sieger aufgreifen – möglichst langes, gemeinsames Lernen und individuelle Förderung der Kinder. Mit der Auslese nach Klasse 4 plant die große Koalition genau das Gegenteil. ›Natürlich kommt es auch auf die Qualität des Unterrichts und das Schulklima an. Das neue Schulgesetz wird aber einen Rahmen schaffen, der es erschwert, die Potenziale aller Kinder auszuschöpfen‹, befürchtet Anja Stahmann.

Wie breit die Palette der Proteste gegen die so genannte Schulreform ist, zeigt die rege Beteiligung an dem Reader, den die grüne Fraktion herausgegeben hat. Kritische Stimmen – von der Arbeitnehmerkammer über GEW und DGB bis hin zu namhaften WissenschaftlerInnen und vielen Privatpersonen – setzen sich mit dem geplanten Schulgesetz auseinander. Der Reader kann kostenlos unter der Telefonnummer 0421/30110 bestellt werden. Alle Beiträge und zusätzliche Artikel stehen auch auf der Internetplattform [www.gute-bildung-gute-besserung.de](http://www.gute-bildung-gute-besserung.de) zur Verfügung. Dort erhalten Sie auch Tipps, wie Sie selbst aktiv werden können. Anja Stahmann: ›Sprechen Sie die Abgeordneten Ihres Stadtteils an, schreiben Sie Leserbriefe oder schicken Sie uns eigene Beiträge zur Veröffentlichung im Netz. Bis Ende Februar bleibt Zeit, die Abgeordneten in der Bürgerschaft wachzurütteln.‹

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## **Studierende als neue Geldquelle?**

Die große Koalition will Studien- und Verwaltungsgebühren einführen. So genannte Langzeitstudierende sollen ab Wintersemester 2005/06 zur Kasse gebeten werden. Ein Kommentar von Silvia Schön, wissenschaftspolitische Sprecherin.

Ab dem Wintersemester 2004/05 sollen alle Studierenden 50 Euro pro Semester für Verwaltungsdienstleistungen wie Immatrikulation, Beurlaubung, Rückmeldung, Exmatrikulation, zentrale Studienberatung, Vermittlung von Praktika und Förderung beim Berufseinstieg bezahlen. Studierende, die die Regelstudienzeit überschritten haben, sollen gar 500 Euro berappen. Offenbar hat die große Koalition Studierende als Geldquelle entdeckt, um die Sparquote von 5,6 Prozent im Wissenschaftshaushalt abzumildern. Die Gebühren sollen die Kürzungen im Hochschulbereich kompensieren, ohne dass bessere Leistungen dafür angeboten werden. Statt potenzielle HochschulbewerberInnen durch immer mehr Kosten abzuschrecken, brauchen wir dringend Reformen in Universitäten und Hochschulen, die Studierenden ein transparentes, qualifiziertes Studium ermöglichen. Jeder Studiengang muss klar strukturiert, übersichtlich und studierbar sein sowie eine moderne Ausbildung mit einem berufsqualifizierenden Abschluss innerhalb der Regelstudienzeit ermöglichen. Viele Studiengänge sind davon weit entfernt.

Wir wollen mehr Studierende an den Hochschulen haben. In Deutschland studieren nur 36% eines Abiturjahrganges, in Schweden sind es knapp 70%. Nach der neuen OECD-Studie ›Bildung auf einen Blick 2003‹ wird ein enger Zusammenhang zwischen Qualifikationszuwachs und wirtschaftlicher Entwicklung eines Landes belegt. Es besteht Nachholbedarf. Da in Deutschland AbiturientInnen aus bildungsbürgerlichen Schichten größtenteils studieren, gilt es vor allem, mehr AbiturientInnen aus einkommensschwachen Milieus für die Hochschulen zu gewinnen. Die Einführung von Studien- und Verwaltungsgebühren bewirkt mit Sicherheit das Gegenteil.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## **Wer blickt da noch durch?**

Gesundheitsreform: Leider nur an Symptomen herumgedoktert! Ein Kommentar von Doris Hoch, gesundheitspolitische Sprecherin.

Nun kommt das dicke Ende: Praxisgebühr, Krankenhausaufenthalte werden teurer, für Medikamente fällt die Preisbindung, höhere Zuzahlungen für Medikamente, Transportkosten zum Arzt werden nicht mehr übernommen usw. Der Preis, den die rot-grüne Bundesregierung in den Konsensverhandlungen mit der CDU/CSU über die Gesundheitsreform gezahlt hat, ist zu hoch. Im rot-grünen Gesetzentwurf waren ursprünglich weniger Belastungen für PatientInnen, dafür mehr Wettbewerb für die Leistungserbringer vorgesehen. Diese Reform trifft vor allem die Kranken und wirtschaftlich Schwachen. Sie schafft unübersichtliches Verwaltungschaos, Mehraufwand für ÄrztInnen, Mehrbelastungen für PatientInnen. Ob die Reform die Kosten für die Gesundheitsversorgung tatsächlich senken wird, ist noch offen.

Positiv ist auch aus heutiger Sicht das neue Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit. Dort werden Arzneimittel bewertet und über deren Qualität und Effizienz wird informiert. Weiter werden wir uns für eine Bürgerversicherung einsetzen, damit die Einkommensstarken sich mehr beteiligen müssen und die Einkommensschwachen entlastet werden. Je stärker wir grüne Impulse in die notwendigen Reformbewegungen einbringen können, desto gerechter, bürgernäher und nachhaltiger werden die Ergebnisse.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## Sozialhilfe ist Ihr gutes Recht

Sozialhilfe und die damit verbundenen Leistungen sind kein Almosen, sondern ein Rechtsanspruch – soweit die graue Theorie. In der Praxis sieht es anders aus. Im Zuge der Einführung der Sozialzentren hat die Qualität der Beratung noch mehr gelitten.

Das sind auch die Erkenntnisse aus einer Telefonaktion, die die Grünen im Dezember 2003 ins Leben gerufen hatten. Bremerinnen und Bremer waren aufgefordert, ihre Erfahrungen mit Sozialzentren und Job-Centern zu schildern. ›Anträge werden monatelang nicht bearbeitet, der Hinweis auf mögliche Ansprüche unterbleibt, Menschen werden wie lästige BittstellerInnen abgewimmelt‹, erklärt die sozialpolitische Sprecherin Karoline Linnert. Während die Arbeitsbelastung in den Sozialzentren durch Kürzungen und Personalabbau enorm gestiegen sei, wachse gleichzeitig der politische Druck, die Sozialhilfekosten zu senken. So hat die SPD/CDU-Koalition eine Große Anfrage zur ›Senkung der Sozialhilfekosten‹ gestellt, die suggeriert, dass SozialhilfebezieherInnen in Bremen und Bremerhaven zu großzügig bedacht würden. ›Die Wahrheit sieht anders aus: Viele Menschen gehen aus Scham nicht zum Sozialamt oder werden nicht ausreichend über Leistungsansprüche informiert‹, ärgert sich Karoline Linnert über den einseitigen Tenor der Großen Anfrage. ›Es geht nur um Kosten. Keine einzige Frage beschäftigt sich mit der Qualität der Beratung in den zuständigen Sozialzentren. Ob die Menschen erhalten, worauf sie einen rechtlichen Anspruch haben, bleibt ausgeklammert. Was die große Koalition mit dieser Initiative bezweckt, liegt auf der Hand: Der Druck auf SozialhilfeempfängerInnen soll erhöht werden.‹

Ausgeklammert bleibe zudem der Zusammenhang zwischen der Arbeitsmarktsituation in Bremen und der Anzahl der SozialhilfeempfängerInnen. ›Solange auf eine offene Stelle zehn Arbeitslose kommen, wird sich nichts Wesentliches ändern‹, betont Karoline Linnert.

Anstatt die Betroffenen für ihre Situation verantwortlich zu machen, sollte mehr Wert auf eine qualifizierte Beratung gelegt werden. Mit präventiven Hilfen, die verhindern, dass eine Notlage wie Wohnungslosigkeit oder Überschuldung überhaupt eintritt, ist den Menschen am meisten geholfen. Dies entspricht nach Meinung der Grünen am ehesten dem Grundsatz im Bundessozialhilfegesetz, wonach es Aufgabe der Sozialhilfe ist, ›dem Empfänger der Hilfe die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht.‹

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## **Kooperation statt ruinöser Wettbewerb**

Unsere Häfen müssen wettbewerbsfähig bleiben. Ohne Häfen als Standbein wären Wirtschaft und Arbeitsmarkt der Region Nordwest in schlechterer Verfassung.

Die globalisierte, arbeitsteilige Weltwirtschaftsmaschine läuft besser denn je und bringt den Häfen schier grenzenloses Umschlagswachstum. Ob diese Zuwächse aber in Zukunft immer weiter zu erwarten sind, bleibt ungewiss – trotz wachsendem Seeverkehr werden sich jedenfalls nicht mehr Arbeitsplätze als jetzt in den Häfen entwickeln.

›Eine bessere regionale Kooperation würde den starken Konkurrenzdruck der Häfen untereinander entschärfen. Dabei sollte der Bund eine entscheidende Rolle spielen. Ihm obliegt die Gesamtverantwortung für die Steuerung und Finanzierung der nationalen Fernverkehrswege. Dazu gehören neben den Binnenwasserstraßen auch die seeseitigen Hafenzufahrten sowie die Außenweser. Mit der Koordination von Häfen und Hinterlandverbindungen in der Hand des Bundes könnten uns sinnlose Hafenprojekte erspart bleiben und ökologische Belange stärker berücksichtigt werden‹, erklärt Peter Lehmann.

Auch für private Investoren sei der Anreiz größer, sich an der Hafenfinanzierung zu beteiligen, wenn ein sinnvolles Konzept zugrunde liege.

Dem stehen nach Ansicht des hafenpolitischen Sprechers der fast zeitgleiche Neubau des Containerterminals IV und der Ausbau des Tiefwasserhafens (›Jade-Weser-Port‹) entgegen. Insgesamt hat der Senat für beide Projekte über eine Milliarde Euro bereitgestellt und das, obwohl die überschuldeten Haushalte in Niedersachsen und Bremen die entsprechenden Steuereinnahmen nicht zurückbekommen werden. Nicht berücksichtigt wurden auch die ökologischen Folgen, die bis heute nicht wirklich abgeschätzt sind.

Peter Lehmann: ›Man muss sich jetzt Gedanken machen über eine sinnvolle Vernetzung der Hafenstandorte in Deutschland – oder besser: In Europa. Denn ohne Hafenkooperation bestehen in Europa trotz einer immer vernetzteren Welt Häfen weiterhin als unökologische Insellösungen.‹

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## **grüne Ecke:**

### **Ich bin Senator – holt mich hier raus!**

Im Bremer Senat geht es zu wie im Dschungelcamp. Zuerst kündigte Willi Lemke seinen Rücktritt an für den Fall, dass die armen GrundschülerInnen beim nächsten Mal nicht besser beim IGLU-Test abschneiden. Dann wollte Bürgermeister Scherf Nachfolger von Florian Gerster werden – vergeblich. Bald darauf versuchte er sich als Büttendredner in Aachen. Wer holt sie nun endlich raus, unsere Großkoalitionäre?

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## **grün:Aktion**

### **Neue Lernformen erfolgreich umgesetzt**

Jahrgangübergreifendes Lernen und projektorientierter Unterricht: An der 6-jährigen Ganztagschule Grambke gelingt die Förderung von lernstarken und -schwachen Kindern in einer Klassenfamilie. Anja Stahmann: ›Das Konzept überzeugt. Die LehrerInnen verstehen sich als BegleiterInnen der Kinder. Statt Frontalunterricht stehen die individuellen Bedürfnisse jedes Kindes im Vordergrund.‹

### **Zukunft der Häfen**

Über die Zukunft der Häfen- und Verkehrsinfrastrukturentwicklung berieten VertreterInnen des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz) und eine Delegation der grünen Fraktion. Alle waren sich darüber einig, dass die Unterweservertiefung als drohender ›ökologischer Sündenfall‹ unbedingt verhindert werden muss.

### **Staubige Akten**

Mit detektivischem Spürsinn kämpft sich Karoline Linnert schon zum dritten Mal durch staubige Aktenberge, um die Hintergründe für die Vorgänge um die Stadthallenerweiterung einzukreisen. Hier bei der Hanseatischen Veranstaltungsgesellschaft (HVG).

### **Neue Wohnform für Demenzkranke**

Zu Gast beim Altenpolitischen Arbeitskreis der Grünen war Dagmar Katz, Initiatorin und Mitbegründerin des Vereins ›Die Woge‹, der die erste private Wohngemeinschaft für altersdemente Menschen gegründet hat. Persönliche Zuwendung und der Wunsch nach Privatheit sollen in dieser für Bremen neuen Wohnform besser miteinander in Einklang gebracht werden.

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## **Neues aus der Bürgerschaft**

### **Baumschutz ade**

Die alte Bremer Baumschutzverordnung wurde voreilig abgeschafft. Viele ökologisch und naturhistorisch wertvolle Bäume wurden bereits gefällt. Um zu retten, was zu retten ist, wollten die Grünen die alte Verordnung wieder in Kraft setzen, bis ein Kataster mit schützenswerten Bäumen erstellt ist. SPD und CDU lehnten den Antrag ab und machten den Weg frei für neue Fällaktionen.

mehr Infos: [Dr. Karin Mathes](#)

### **500 qm in Toplage zum Nulltarif**

Überaus großzügig erweist sich die Stadt gegenüber der Firma KPS von Klaus-Peter Schulenberg. Das gekaufte Grundstück an der Contrescarpe wurde nachträglich um 509 Quadratmeter vergrößert – der Clou an diesem Deal: KPS muss für die gut 500 Quadratmeter in bester Innenstadtlage keinen Cent dazu bezahlen!

Geschätzter Wert nach heutigen Preisen: rund 750.000 Euro. Öffentlich wurde die kostenlose Grundstückserweiterung durch eine Frage der Grünen in der Fragestunde. Auch auf Nachfrage des grünen Bürgerschaftsabgeordneten Matthias Güldner konnte Wirtschaftssenator Perschau nichts Ungewöhnliches an dem einseitigen Geschäft zu Lasten Bremens finden. Kommentar des grünen Fraktionsvizes: ›Vertrag ist Vertrag. Bremen kann nicht öffentlichen Grund und Boden in Toplage verschenken!‹

mehr Infos: [Dr. Matthias Güldner](#)

### **Kinderbetreuung nach Bedarf**

Der Senat plant einen massiven Abbau von Ganztagsplätzen in Kindergärten. ›Viele Eltern, vor allem Alleinerziehende, sind auf Ganztagsplätze angewiesen. Die Schere zwischen Angebot und Nachfrage darf nicht noch weiter auseinander klaffen‹, erklärt Jens Crueger, kinderpolitischer Sprecher. In einem Bürgerschaftsantrag forderten die Grünen den Senat auf, eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung sicherzustellen. CDU und SPD stimmten dagegen.

mehr Infos: [Jens Crueger](#)

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## **Gastkommentar**

Die stärker auf die Stadtteile bezogenen Sozialzentren und die neue, klarere Struktur des Amtes haben einige Vorteile gegenüber dem alten, undurchschaubaren System des Amtes gebracht. Die Probleme liegen darin, dass eine Stadt wie Bremen mit den Folgekosten der strukturellen Massenerwerbslosigkeit und der Ausgrenzung immer größer werdender Teile der erwerbsfähigen Bevölkerung aus dem Arbeitsmarkt überfordert ist. Mit großem Tamtam hatte die rot-grüne Bundesregierung mit dem Arbeitslosengeld II Entlastung bei den Sozialhilfekosten angekündigt. Zwar werden viele jetzige ArbeitslosenhilfebezieherInnen und ihre Familien ab dem 1.1. 2005 weniger oder überhaupt keine Zahlungen mehr erhalten. Zwar wird die neue Leistung in vielen Fällen unter dem Niveau der heutigen Sozialhilfe liegen. Zwar werden viele neue Regeln und Sanktionen eingeführt. Aber Entlastung für die Kommunen ist so ziemlich das Einzige, was das Arbeitslosengeld II nicht bringen wird. Es ist ehrenwert, dass die Bremer Grünen die Fahne hoch halten. Die Bundesregierung ist unter grüner Beteiligung jedoch auf einem völlig anderen Dampfer und spart da, wo nach Meinung der Bremer Grünen nicht gespart werden dürfte. Es wird sich zeigen, dass auch die Kommunen einen hohen Preis zahlen werden bei diesem ›Umbau‹.

Martin Lühr, Aktionsgemeinschaft Arbeitsloser Bürger und Bürgerinnen e. V., Bremen

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## **grün:in der Mache**

### **Schluss mit dem Gestank in Blumenthal**

Seit März 2003 werden als Versuchsbetrieb bis zu 100% auch besonders überwachungsbedürftige Abfälle (›Sondermüll‹) in der Eindampf- und Feuerungsanlage der BREWA, einer Tochtergesellschaft der Bremer Wollkämmerei (BWK), verfeuert. Zurzeit läuft das Genehmigungsverfahren, das den Dauerbetrieb ermöglichen soll. Würde dem stattgegeben, könnte am Standort der BWK eine Sondermüllverbrennungsanlage nahe einem dicht besiedelten Wohngebiet betrieben werden, und zwar unabhängig von der Beseitigung von Wollabfällen und unabhängig davon, wie lange die BWK weiter existiert. ›Der Betrieb einer reinen Sondermüllverbrennungsanlage an diesem Standort wird einem vorsorgenden Gesundheitsschutz für die AnwohnerInnen nicht gerecht. Zudem behindert er die Entwicklungsmöglichkeiten für Blumenthal‹, so der Kommentar der umweltpolitischen Sprecherin Karin Mathes. Trotz der Brisanz des Vorhabens wurde die Bewertung der Umweltauswirkungen verschleppt und die Öffentlichkeit nicht angemessen beteiligt. Erst durch massive Intervention von BürgerInnen und Grünen sind die Behörden in Bewegung gekommen. Doch die große Koalition duckt sich weg, anstatt eindeutig Stellung dagegen zu beziehen. Karin Mathes: ›SPD und CDU müssen endlich erkennen, dass eine zukunftsentscheidende Weichenstellung für den Standort Blumenthal nicht alleine Unternehmensinteressen und Verwaltungshandeln überlassen werden darf.‹

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)

## **Impressum**

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN in der Bremischen Bürgerschaft

**Telefon:** 0421/30 11-0

**Telefax:** 0421/30 11-250

**e-mail:** [fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)

**internet:** [www.gruene-bremen.de](http://www.gruene-bremen.de)

**V.i.S.d.P.:**

Andrea Quick

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Schlachte 19/20

28195 Bremen

**Gestaltung:** Designbüro Möhlenkamp

**Fotos:** Andreas Caspari, Monika Heuß, privat, Andrea Quick

Wenn Sie möchten, senden wir Ihnen die Papierversion des [grün:Journals](#) gern per Post zu. Bitte vergessen Sie nicht Ihre Anschrift anzugeben!

[... zurück zum Inhaltsverzeichnis](#)